

GÖTTINGER BLÄTTER

12.2013

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

► SparNetz 2014 bei den GÖVB

Göttinger Linke lud zur Diskussion hierüber ein

Helle Aufregung herrscht am Holtenser Berg und in Holtensen wegen des geplanten Wegfalls der bisherigen Buslinie 12, die die nordwestlichen Ortsteile auf direktem Wege mit dem UMG-Klinikum und dem Ev. Krankenhaus Weende verbindet. Zahlreiche Beschäftigte und Bewohner machten zu den Plänen der Stadtverwaltung und der Göttinger Verkehrsbetriebe, GÖVB ihrem Unmut Luft. Am 07. November organisierte die Göttinger LINKE am Holtenser Berg eine gut besuchte Diskussionsveranstaltung zum neu überarbeiteten Göttinger Busliniennetz.

Nach der neuen Linienführung der Buslinien 11 und 12 über die Innenstadt bzw. über den Bahnhof zur Charlottenburger Strasse und zur Schöneberger Straße in Geismar – bei dem die beiden Krankenhäuser nicht mehr angefahren werden – d.h. umsteigen in eine der neuen Linien 22, 41, 42 bzw. 91 wäre zwingend notwendig. Die morgendliche und abendliche Stadtrundfahrt für Beschäftigte wäre perfekt. Patienten und Besucher müssten erhebliche Umwege in Kauf nehmen. Besonders „haarig“ wird es für die Beschäftigten, die ihre Arbeitsplätze in den beiden Krankenhäusern nicht mehr pünktlich erreichen können.

Zur Einführung in das Thema hatten Dr. Eckhard Fascher und Reinhard Neubauer auf der Grundlage der Materialien der GÖVB deren Pläne zur Überarbeitung des Göttinger Busliniennetzes vorgestellt.

Das neue Konzept der GÖVB erntete harsche Kritik und stieß auf erheblichen Widerspruch der Diskussionsteilnehmer. Von „Nachfrageorientiert“ könne keine Rede sein, wenn einerseits von erhöhter Fahrgastnachfrage u.a. am Holtenser Berg gesprochen - und andererseits die bisherige Linie 12 aufgegeben wird. „Das ist nicht ‚Mehr Linie fürs Netz‘ wie im städtischen Werbeprospekt versprochen - sondern weniger“ ärgerte sich ein Diskussionsteilnehmer.

R. Neubauer griff die Benennung des neuen Fahrplanes bei den GÖVB von Gerd Aschoff (Pro Bahn-Sprecher in Göttingen) auf: Das sei das „Sparnetz 2014“.

Mit der Deckelung der städtischen Kosten für den ÖPNV von jährlich 6,4 Mio Euro wird eine Zielmarke vorge-

(...) weiter auf Seite 8

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Sparnetz	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Fachkräftemangel	5
DIE LINKE. Termine	6
GöLinke Ratsinfo	7
GöLinke	8
DIE LINKE. Niedersachsen	9
DIE LINKE. Europabüro	10
DIE LINKE. Kreisverband	11
Kein Krieg gegen Syrien	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 01.2014
ist der 14. Dezember.
Auslieferung am 20. Dezember



Grünkohlessen / Weihnachtsfeier

Die Partei DIE LINKE. - Göttingen lädt alle Bündnispartner, Mitglieder und Interessierte zu Grünkohlessen und Weihnachtsfeier ein:

Fr., 20.12.13 ab 17.30 Uhr

im Naturfreudehaus Kleiner Hagen

Normalpreis 7,50 Euro, ermäßigt 4,00 Euro
Bitte Anmeldung bis zum 13.12.13 schriftlich an den Kreisverband Die Linke oder per Mail an

Kreisverband@die-linke-goettingen.de

Reihe: Demokratie in Gefahr



Die unterwanderte Demokratie – Kapital unter der staatlichen Tarnkappe

Vortrag und Diskussion mit Dr. Werner Rügemer

Freitag 29. Nov. 19 Uhr,

Holbornsches Haus, Rote Straße 34

Dr. Werner Rügemer, Publizist, Stadtführer, Lehrbeauftragter an der Universität Köln und Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von attac.



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes— Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de - Email: vvn-goettingen@secarts.org

► Wolfsburg und der Porsche-Mythos

Eine kritische Beleuchtung des Unternehmens Volkswagen während der NS-Zeit und der Umgang mit Geschichte

Lesung und Diskussion mit Mechthild Hartung, Hartwig Hohnsbein und Alfred Hartung (Mitautoren des Buches „75 Jahre ‚Stadt des KdF-Wagen‘ – Wolfsburg“)

**Montag, 2. Dezember, 18:00
Großer Saal der ver.di-Geschäftsstelle
(Groner Tor-Str. 32)**

Volkswagen wird 75 Jahre alt. Absatzrekorde, schicke Autos, satte Profite, zufriedene Arbeiter. Wer denkt da an einen NS-Musterbetrieb, an „Kraft durch Freude“, an Zwangsarbeit und KZ-Sklaven?

26. Mai 1938: Grundsteinlegung durch Adolf Hitler im Beisein von Porsche, Piëch und 70.000 fanatischen „Volks-genossen“. Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter der besetzten Länder, Kriegsgefangene und KZ-Sklaven müssen Minen, Flugzeug- und Raketenteile sowie Kraftfahrzeuge produzieren und munitionieren so die faschistische Wehrmacht für den mörderischen Fedzug. Für die Porsches und Piëchs die Begründung des Milliardenvermögens, für die zur Arbeit gezwungenen 20.000 Männer und Frauen ein Albtraum, den viele nicht überleben.

Die Autoren beleuchten die Geschichte

der „Stadt des KdF-Wagen“, sie spüren der durch die Nazis begründeten „klassenlosen Volks- und Betriebsgemeinschaft“ nach und beschreiben Kontinuitäten, durch die aus der „Stadt des KdF-Wagen“ dieses Wolfsburg wurde. Die ungebrochene Verehrung von Porsche ist dem Mythos vom „genialen Konstrukteur“ geschuldet. Kann sich eine Legende so lange halten, weil sie Teil der Marketingstrategie ist?

Nach der Befreiung vom Faschismus zunächst „herrenlos“, gehört Volkswagen 75 Jahre nach der pompösen Gründung dem Porsche-/Piëch-Familienclan, der auf den Gebeinen der ehemaligen Zwangsarbeiter seinen heutigen Reichtum i.H. von 35 Mrd. Euro errichtete.

Veranstalter:
VVN-BdA Kreisvereinigung Göttingen
und ver.di Bildungswerk Göttingen

► Aktion 1005 – Wie die Nazis die Spuren ihrer Massenmorde in Osteuropa beseitigten

**Donnerstag, 9. Januar 2014, 19:00
Gemeindesaal der Reformierten Gemein-
de (Untere Karspüle 11)**

Im Januar 1942, nachdem die Rote Armee den Vormarsch der Wehrmacht auf Moskau gestoppt hatte, begann die nationalsozialistische Staatsführung Vorsorge zu treffen für den Fall ihrer Niederlage. Unter der Tarnbezeichnung „Aktion 1005“ ließ sie ab Frühjahr 1943 zahlreiche Kommandos aufstellen, die die Spuren deutscher Verbrechen nach einem immer gleichen Muster beseitigten: mehrheitlich jüdische Häftlinge wurden von Beamten des Sicherheitsdienstes (SD) und Angehörigen nazideutscher Polizeieinheiten gezwungen, Massengräber zu öffnen, die Leichen aus den Gräbern zu holen und auf Scheiterhaufen zu verbrennen, bevor schließlich auch sie selbst ermordet wurden.

Gestützt vor allem auf Aussagen und Berichte der wenigen überlebenden Arbeitshäftlinge sowie auf Protokolle staatsanwaltschaftlicher Vernehmungen ehemaliger Kommandoangehöriger

unternimmt diese Studie erstmals den Versuch, die von Deutschen und ihren Helfern während des Zweiten Weltkriegs begangenen Massenverbrechen und die Verwischung der Spuren dieser Verbrechen im Zusammenhang darzustellen.

In seinem Vortrag wird Jens Hoffmann einen Überblick zur Organisation und Praxis, zu den Tätern, Tatorten sowie zur juristischen und historiographischen Aufarbeitung der „Aktion 1005“ geben. Als Ergänzung liest der Autor aus seinen beiden Büchern zum Thema, die den unterschiedlichen Blick von Überlebenden und Tätern auf die Verbrechen der „Aktion 1005“ verdeutlichen.

Veranstalter: VVN-BdA Kreisvereinigung Göttingen und die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (GCJZ) Göttingen

Ermutigung zur Erforschung der Familiengeschichte im Nationalsozialismus

**Sonntag, 8. Dezember, um 14:00 im
Apex (Burgstraße 46)**

Kolportierte Anekdoten über den Onkel bei der Wehrmacht und Sätze wie „Oma war immer gegen den Hitler“ kennen wir alle. Oft machen Details dieser Statements stutzig, irgendetwas kann an der Geschichte nicht stimmen und erzeugt Zweifel. Am konkreten Beispiel ihrer Familiengeschichten werden Katrin Raabe und Roland Laich anschaulich erzählen, wie sie die realen Werdegänge ihrer Verwandten im Faschismus recherchieren konnten. Die Veranstaltung soll Menschen ermutigen, Familienlegenden zu hinterfragen und sich mit der NS-Vergangenheit der eigenen Familie auseinanderzusetzen.

Veranstaltet von der Geschichtswerkstatt Göttingen

Jugend-KZ Moringen

Am **Samstag, dem 7. Dezember**, wird seitens der KZ-Gedenkstätte Moringen wieder eine Führung durch die Gedenkstätte angeboten. Der Rundgang beginnt um 14:30. Anmeldungen bitte direkt bei der Gedenkstätte: 05554/2520, info@gedenkstaette-moringen.de

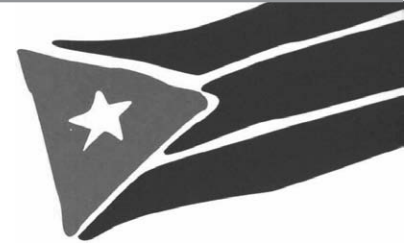
Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlungen

Am Dienstag, den 03. Dezember und 04. Januar 2013

Die Treffen finden um 20:00 im Berliner Hof statt



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Obama will renovieren

Vor Kuba-Gegnern Änderung der US-Politik gegenüber Havanna angekündigt

US-Präsident Barack Obama hat am Freitag nachmittag (Ortszeit) in Miami eine Änderung seiner Politik gegenüber Kuba angekündigt. Während internationale Presseagenturen am Wochenende bereits über eine Lockerung der Blockade spekulierten, reagierten kubanische Kommentatoren skeptisch. Obama habe bisher so gut wie keines seiner Versprechen gehalten, gab der Journalist H.M. Lagarde aus Havanna am Samstag im Blog »CubaSi.cu« zu bedenken. Ein von Exilkubanern initiiertes Treffen mit militanten Systemgegnern soll offenbar eine Annäherung verhindern.

Obama war am Freitag zu einem zweitägigen Besuchsprogramm bei Wahlkampfspensoren der Demokratischen Partei in Südfllorida eingetroffen. Zu den Unterstützern gehört auch die von dem Unternehmer Jorge Mas Santos geleitete Kubanisch-Amerikanische Nationalstiftung (Cuban American National Fundation, CANF), eine militante exilkubanische Organisation, die unter anderem im Jahr 1997 eine Serie von Bombenanschlägen in kubanischen Hotels organisierte. In der Privatresidenz von Mas Santos, dessen einflußreiche Stiftung an erster Stelle

auf der Liste der Spendenwerber stand, erklärte der US-Präsident: »Wir haben begonnen, Veränderungen auf der Insel zu sehen.« Es mache keinen Sinn, an Maßnahmen festzuhalten, die vor über 50 Jahren eingeleitet wurden und im Internetzeitalter nicht mehr wirkungsvoll seien. Nach einem Bericht der Washington Post vom Samstag sagte Obama, die »Zielsetzung unserer Politik gegenüber Kuba bleibt die gleiche, die Methoden müssen aber verändert werden«.

Ort und Umstände seines Auftritts waren am Wochenende in kubanischen Online-Medien (die Tageszeitung Granma erscheint am Sonntag nicht) heftig kritisiert worden. Die CANF-Vertreter hatten dem US-Präsidenten als »Überraschungsgäste« Berta Soler, die Chefin der von Washington finanzierten Oppositionsgruppe »Damas de Blanco« (»Damen in Weiß«) und den wegen verschiedener Gewaltdelikte vorbestraften Systemgegner Guillermo Fariñas präsentiert. Beide forderten die Beibehaltung der Blockade, eine »harte Haltung« gegenüber der kubanischen Regierung wund mehr finanzielle Unterstützung für ihre Aktivitäten gegen das sozialistische System.



Besonders der Händedruck mit Fariñas stellt Obamas Glaubwürdigkeit in Frage. Erst kürzlich hatte der 51jährige Systemgegner aus Santa Clara, der mit bisher 24 Hungerstreiks auf sich aufmerksam gemacht hat, an einem Treffen im Haus des

Castro-Gegners Huber Matos in Miami teilgenommen, zu dem auch Luis Posada Carriles geladen war. Der ehemalige CIA-Agent Posada Carriles gilt als einer der gefährlichsten Terroristen des Kontinents. Nach Unterlagen des FBI ist er verantwortlich für das Bombenattentat auf den Flug 455 der Gesellschaft Cubana am 6. Oktober 1976, durch das 73 Menschen getötet wurden. Nach seiner Inhaftierung in Venezuela, gelang ihm 1985 mit Hilfe von Jorge Mas Canosa, dem Vater des heutigen CANF-Vorsitzenden, die Flucht aus dem Gefängnis.

Fariñas hatte seine Nähe zu Mas Canosa bereits im Mai dieses Jahres mit einem Kniefall an dessen Grab demonstriert. Das freundschaftliche Treffen mit dem Massenmörder Posada Carriles macht ihn nun zum Terroristenkumpel und die Begegnung mit Obama zum politischen Skandal. Dabei kann sich der US-Präsident nicht auf Unkenntnis berufen. Die von Teilnehmern aufgenommenen Fotos der Terrorseniorenrunde kursieren seit Wochen weltweit im Internet.

Die kubanische Fernsehredakteurin Norelys Morales aus Villa Clara vermutet, daß Obama in eine Medienfalle gelockt wurde. Der Grund für seine Reise sei schließlich die Organisation von Wahlkampfspenden und nicht ein Treffen mit Gegnern der kubanischen Regierung gewesen, schreibt sie in ihrem Blog »IslaMia«. Die unterschiedliche Berichterstattung vom Wochenende erhärtet den Verdacht einer Kampagne. Während überregionale US-Zeitungen und internationale Agenturen die Äußerungen des Präsidenten über eine mögliche Revision der Blockade in den Mittelpunkt stellten, machten das Sprachrohr der exilkubanischen Rechten in Miami Nuevo Herald und der Propagandasender Radio Martí seine Zusammenkunft mit Systemgegnern zur Hauptmeldung.

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, www.dkp-goettingen.de, goettingen@dkp-niedersachsen.de

► Aufruf zur Liebknecht-Luxemburg-Demonstration 2014

Die Demonstration im Rahmen der Liebknecht-Luxemburg-Ehrung startet am 12. Januar 2014 um 10.00 Uhr am U-Bhf. Frankfurter Tor und geht zur Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde.

»Liebknecht kämpfte für uns alle«, schrieb Rosa Luxemburg, als man ihn nach der berühmten Maidemonstration 1916 auf dem Potsdamer Platz verhaftet hatte. »... Er hat gezeigt, dass man auch in Deutschland für seine sozialistische Überzeugung mit dem ganzen Menschen einsteht.«

Dieser Überzeugung, für die Rosa und Karl von der Reaktion ermordet wurden, fühlen wir uns unverändert verpflichtet. Wir gedenken ihrer mit unserer Demonstration im Rahmen der Luxemburg-Lieb-knecht-Ehrung am 12. Januar 2014. Es ist das Jahr, in dem sich der Beginn des Ersten Weltkrieges zum 100. Mal jährt.

1914 hatte Karl Liebknecht im Reichstag als einziger gegen die Kriegskredite gestimmt. Und Rosa Luxemburg stellte im selben Jahr fest: »Dass es die herrschenden Klassen sind, die allzumal zu Katastrophen treiben, dafür ist Deutschland heute ein klassisches Beispiel.«

Diese Einschätzung des Systems der Profitmaximierung fand im Faschismus und dem von Hitlerdeutschland nur 25 Jahre später mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 ausgelösten Zweiten Weltkrieg, fand im Völkermord an jüdischen Menschen, Slawen sowie Sinti und Roma seine unfassbar grauen-erregende Bestätigung.

»Wir brauchen keine Katastrophen«, hatte Rosa Luxemburg formuliert. Auch heute benötigen wir diese nicht. Wir brauchen keine Militärinterventionen. Nicht in Syrien, nicht in Mali, nicht im Iran. Nirgendwo. Wir brauchen keine Bundeswehrsoldaten in Afghanistan, in der Türkei oder andernorts. Wir brauchen keine Drohnenmorde und keine Rüstungsexporte. Wir brauchen keine zigmillionenfache Spitzelei durch NSA, BND und andere Geheimdienste, die die bürgerliche Demokratie zur Farce werden lassen. Wir brauchen keine Nazis und nicht deren in Krisenzeiten besonders gefährliche soziale Demagogie. Wir brauchen keinen Rassismus, keinen antimuslimischen, keinen Antisemitismus und keinen Antiziganismus. Wir brauchen keinen stetig wachsenden Sozialabbau,

Mitgliederversammlungen:

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

Dienstag, 10. Dezember, 20.00 Uhr

Thema: Europawahl 2014 – Diskussion zum Europawahlprogramm der DKP (Referent: Toto)

und nicht die damit einhergehenden Entwürdigungen von Millionen Menschen. Wir brauchen keine Rettungsschirme für Banken.

Wir – Linke verschiedenster Strömungen – demonstrieren friedlich gegen Kriege, für Menschlichkeit und Internationalismus – für eine solidarische, friedliche und sozial gerechte Welt.

Weitere Informationen:
<http://www.11-demo.de/>



Fachkräftemangel:

► Universitäre Projekte sollen schulische Mängel auffangen

Vor dem Hintergrund einer, in der letzten Zeit immer stärker diskutierten, drohenden Verschärfung eines Fachkräftemangels, erlebt die ursprünglich bereits in den 1960er Jahren begonnene Öffnung des Bildungssystems und damit auch der Hochschulen für Menschen mit vielfältigen Bildungsbiographien eine Renaissance.

Ein erster Flaschenhals sozialer Selektivität zeigt sich auf dem Weg zu höheren Schulabschlüssen. Intransparente Bildungsempfehlungen im Übergang zwischen Grund- und weiterführenden Schulen, sowie eher vorsichtige Bildungsentscheidungen, von Familien ohne Erfahrungen mit Abitur oder Studium im direkten Umfeld, führen dazu, dass diese immer noch seltener eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben.

Die Öffnung des Bildungssystems setzte allerdings vor allem an anderer Stelle an und erweiterte die Möglichkeiten und Wege eine Hochschulzugangsberechtigung zu erhalten. Seither sind mit dem Fachabitur und der Anerkennung vielfältiger Abschlüsse der beruflichen Bildung die Wege zum Studium ausgeweitet worden. Wie Steffen Schindler allerdings in der Studie „Aufstiegsangst“¹ zeigen kann, hat die Zunahme möglicher Hochschulzugangswegen nur in geringem Maße zu einer Verbesserung der Chancengleichheit geführt. Auch wenn die Anzahl der Absolventen, die eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben, seit den 1960 Jahren von nur knapp 10% auf mittlerweile etwa 50% eines Altersjahrgangs anstiegen, bildet sich dies an den Universitäten nicht ab.

Laut Schindler nimmt die Studienbereitschaft derer, die eine Hochschulzugangsberechtigung erreichen sogar im Zeitverlauf ab. Während Mitte der 70er Jahre noch 80% mit dem entsprechenden Abschluss ein Studium aufnehmen wollten, sind es mittlerweile nur noch etwa 50%.

Interessant ist dabei vor allem, dass dies nicht allein durch die höhere Anzahl an entsprechenden Schul- oder Berufs-

abschlüssen zu erklären ist. Vielmehr zeigt sich hier wieder eine spezifische soziale Selektivität. Die Studienbereitschaft derer, die ein Studium aufnehmen könnten, bleibt unter Abgängern aus einem akademischen Milieu auch im Zeitverlauf vergleichsweise stabil. Im Lichte der insgesamt sinkenden Studienbereitschaft bedeutet das, dass sich die abnehmende Studienbereitschaft vor allem bei Absolventen zeigt, die bisher im direkten sozialen Umfeld keine Berührungspunkte mit den Hochschulen hatten.

Somit existiert ein weiterer Flaschenhals der sozialen Selektivität im deutschen Bildungssystem beim Übergang von schulischer oder beruflicher Bildung zur Hochschule.

Dieser sozialen Selektivität kann auf Hochschulebene vor allem durch eine Stärkung der Beratungs- und Informationsangebote begegnet werden. Zentral ist dabei, bestehende Unsicherheiten bei der Studienplanung und auch der Studienfinanzierung abzubauen. Hochschulpolitisch hat dies 2010 in einer Novelle des Niedersächsischen Hochschulgesetzes gemündet. Seither wird an den hiesigen Hochschulen an einer transparenteren Anerkennungspraxis beruflicher Abschlüsse und fachbezogener Hochschulzugangsberechtigungen und einer verbesserten Beratungslandschaft gearbeitet. In diesem Rahmen wurde im vergangenen Jahr auch mit der „Offenen Hochschule Niedersachsen“² eine Institution gegründet, die auf Landesebene Informationen zum Hochschulzugang bereitstellt.

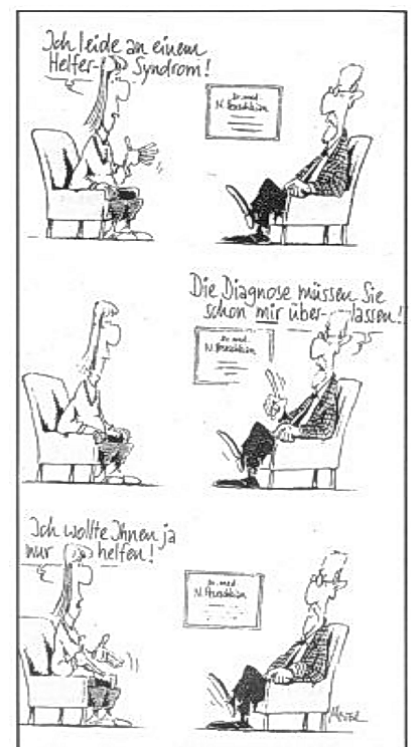
Aber auch an den Göttinger Hochschulen wird sich diesem Thema, gefördert vom Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur, seit dem vergangenen Jahr in speziellen Projekten verstärkt angenommen.

So bietet die HAWK Hildesheim/Holzminde/Göttingen mit der „Talentwerkstatt“³ ein Unterstützungsangebot für Studierende mit beruflicher Vorbildung. Von einer differenzierten Beratung vor Studienaufnahme bis hin zu einer indi-

viduellen Studienvorbereitung werden Studieninteressierte auf dem Weg ins Studium begleitet.

Etwas breiter angelegt sind hier die Maßnahmen der Universität Göttingen. Im Rahmen des Projekts „Brückenschlag“⁴ versammeln sich vielfältige Angebote für Studieninteressierte und Studierende, die als Erste aus der Familie ein Studium aufnehmen. Das Angebot reicht von einer gezielten Ansprache von Schülerinnen und Schülern, über verschiedene Workshops zur Studienvorbereitung und ausgeweiteten Online-Informationsmöglichkeiten bis hin zur Begleitung und Unterstützung im Studium selbst. Studierende können hier an Mentoring-Programmen teilnehmen, die den Einstieg in das Studium erleichtern. Außerdem wird eine Stipendienberatung angeboten, die weitere Wege der Studienfinanzierung aufzeigt. Auch der Übergang vom Studium in den Beruf wird begleitet, so dass Kontakte zu potentiellen Arbeitgebern geknüpft werden können.

Inwieweit diese Angebote in der Lage sind den Flaschenhals nachhaltig zu weiten, bleibt abzuwarten. Zumindest muss aber festgestellt werden, dass die Öffnung des Bildungssystems und damit der Hochschulen - etwa 50 Jahre nach den ersten Initiativen - nun mehr denn je von den Hochschulen selbst angenommen wird. (sjs)



¹ Schindler, Steffen (2012): Aufstiegsangst – Eine Studie zur sozialen Ungleichheit im Zeitverlauf, Vodafone-Stiftung, Düsseldorf

² <http://www.offene-hochschule-niedersachsen.de/>

³ www.hawk-hhg.de/talentwerkstatt

⁴ www.uni-goettingen.de/brueckenschlag

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung:

Keine KMV im Dezember.

Gemeinsame Weihnachtsfeier der Göttinger Linken

Freitag, 20.12. 2013, 17.30 Uhr im Naturfreundehaus (Einladung auf Titelseite)

Termine der Ortsverbände / Basisorganisationen

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Montag, 2. Dezember 2013, 19 Uhr, Rotes Zentrum
Schwerpunktthema: Ursachen der Eurokrise

OV Hann. Münden Wahlversammlung und Mitgliederversammlung

Freitag, 6. Dezember 2013, 19 Uhr in der Gaststätte „Zum Onkel Paul“, Siebenturmstr. 9.
Wahlversammlung zur Wahl der Kandidatin / des Kandidaten für die Direktwahl der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters der Stadt Hann. Münden
Außerdem: Aktuelles aus dem Kreistag (mit Eckhard Fascher)

OV Adelebsen-Bovenden Mitgliederversammlung

Termin bei Oliver Preuß erfragen

OV Dransfeld Mitgliederversammlung

Termine bei Ulrich Maschke erfragen.

Treffen der Linksjugend solid

Mittwoch, 11. Dezember 2013, 19 Uhr im Roten Zentrum

Arbeitskreise:

Termine und Informationen bei den jeweiligen Ansprechpartnern (vgl. Adressenspalte).

Treffen und Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Nds. / Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

„The Lab“ – ein Film über Israels Rüstungsindustrie

mit dem Regisseur Yotam Feldman und Shir Hever (Ökonom)
am 2. Dezember 2013, 19 Uhr, UNI Göttingen, ZHG 001
Mitveranstalter: Aktion Gerechter Frieden Nahost

Israels publicity scheuer Waffenhandel ist nach den letzten Exportzahlen lukrativ wie nie zuvor. Gleichzeitig wird er zunehmend kritisiert. Einige Experten sagen, dass Israel inzwischen davon abhängt, das Leiden der Palästinenser für militärische und wirtschaftliche Gewinne auszubeuten.

Ein neuer Dokumentarfilm The Lab [Das Labor] hat erstmals Israels Waffenindustrie unter die Lupe genommen und kommt zu der Schlussfolgerung, dass vier Millionen Palästinenser in der Westbank und Gaza wenig mehr als Versuchskaninchen für militärische Experimente sind, die eine neue Elite von Waffenhändlern und Ex-Generälen bereichern sollen.

Kreisverband Göttingen

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: (0551) 49 56 66 80
kreisverband@dielinke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Donnerstag, 14.30 bis 16.30 Uhr, Rotes Zentrum
(Keine Sprechstunde in den Ferien)

Newsgruppe:

Anmeldung unter:
webmaster@die-linke-goettingen.de

Linksjugend [;solid]:

solid@die-linke-goettingen.de

Hochschulgruppe DIE LINKE.SDS

Florian Gruhl,
E-Mail: florian.gruhl@wpl

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:
ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,
34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,
E-Mail: hann.muenden@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Azad Onal, Tel.: 0172/5661546
rosdorf@die-linke-goettingen.de

OV Adelebsen/Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,
E-Mail: adelebsen@die-linke-goettingen.de
oder bovenden@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
E-Mail: dransfeld@dielinke-goettingen.de

Arbeitsgruppen

AG Sozialpolitik: Patrick Humke,
Tel. 05 51-5 31 15 63,
patrick.humke@dielinke-goettingen.de

Ökologische Plattform:
Eckhard Fascher, Tel. 0160-91330457
Festnetz: 0551-40137061
eckhard.fascher@dielinke-goettingen.de

AG Betrieb & Gewerkschaft
Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-gb@die-linke-goettingen.de

AG Netzpolitik
Uli Eberhardt
ag-netzpolitik@die-linke-goettingen.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,
37079 Göttingen, Tel. 0160-91330457,
Festnetz: 0551-40137061
E-Mail: eckhardfascher@web.de oder

Spendenkonto

des KV Göttingen: Kto-Nr. 3401510800
Volksbank Göttingen BLZ: 26090050

GÖLINKE. Ratsinfo

Nr. 18
Nov. 2013



Editorial Die Novemberratssitzung beinhaltete viele Anträge, so zum Beispiel begrünte Dachgärten, besserer Datenschutz bei Onlinekontakten mit der Verwaltung und mehr. Nachzulesen sind alle Anträge in der Tagesordnung Der Ratssitzung unter: <http://www.goettingen.de> Unstrittig waren zwei wichtige Punkte: der Rückkauf der Eon-Anteile und die Erstellung eines Konzeptes zur Unterbringung von Flüchtlingen, durch die Verwaltung.

Fraktion Göttinger Linke
Neues Rathaus, Zi. 196
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
tel 05 51-4 00 24 99
fax 05 51-4 00 20 79
goelinke-fraktion@goettingen.de
www.die-linke-goettingen.de

TOP 4 Gemeinsamer Antrag aller Ratsfraktionen und der Gruppe betr. "Konzept zur Aufnahme von Flüchtlingen in Göttingen"

Der Rat möge beschließen: Die Verwaltung entwickelt ein nachhaltiges Konzept zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen, in dem dezentrale Standortvorschläge mit Begründung und Kostenvoranschlägen vorgelegt werden.

Das Konzept sollte mit Beginn 2014 sowohl dem Sozialausschuss als auch dem Bauausschuss zur weiteren Diskussion und Beratung vorgelegt werden, wobei notwendige und sinnvolle Teilmaßnahmen auch schon vorher sukzessive umgesetzt werden könnten.

Dieser Antrag kam auf Betreiben der GöLi-Ratsfraktion zustande und wurde letztlich mit kleinen Änderungen von allen Fraktionen mitgetragen.

Auszüge aus der zugehörigen Rede von Civar Akad: „...wie in allen Kommunen in Niedersachsen wird wahrscheinlich in Göttingen die Aufnahme der Flüchtlinge im Vergleich zu den letzten Jahren deutlich steigen. Uns sollte schon von Beginn an bewusst sein, dass auch viele dieser Flüchtlinge den Rest ihres Lebens in Deutschland verbringen, hier zur Schule gehen, hier arbeiten und sich hier eine Zukunft aufbauen werden.“

In Anbetracht dieser Aspekte ist es umso wichtiger ein Konzept zu entwickeln, welches die Integration bzw. die Einbindung dieser Menschen in die Strukturen des Landes gewährleistet und fördert. ... Um ein funktionierendes Konzept zu entwickeln, sollten Organisationen wie z.B. das Migrationszentrum, AK-Asyl und der Integrationsrat, die intensiv mit Flüchtlingen und Migranten zusammenarbeiten, als eine Hilfe angesehen und miteinbezogen werden.

Leider existiert eine Angst aufgrund vergangenen Umganges seitens der Flüchtlinge und Migranten, gegenüber den staatlichen Behörden. So ist es oft der Fall, dass die Flüchtlinge deutsche Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund beauftragen ihre Formalitäten bei den Behörden, zu regeln.

Bei Fragen oder Problemen werden eher die oben ganten Organisationen aufgesucht als die staatlichen. Diese Organisationen haben über lange Zeit durch ihre Hilfsbereitschaft Vertrauen zu den Flüchtlingen und Migranten aufgebaut. Aufgrund der intensiven Arbeit eigneten sich diese Organisationen ein Fachwissen an, welches beim Erstellen des Konzeptes nur hilfreich sein kann.“

Ein Konzept liegt seitens der Verwaltung bereits vor. Es bleibt abzuwarten, ob dieser Antrag der Politik genügend berücksichtigt wird bei der Umgestaltung desselben und wie die Umsetzung des Konzeptes aussehen wird. Wir verfolgen die weitere Entwicklung.

TOP 3.1 Re-Kommunalisierung der E.ON Mitte AG Grundsatzbeschluss: Die Stadt Göttingen beteiligt sich an der Re-Kommunalisierung der E.ON Mitte AG und wirkt an der bevorstehenden Neustrukturierung des Energieversorgers mit dem Ziel mit, die E.ON Mitte AG (EMI) zu 100% in kommunale Eigentümerschaft zu führen. Die künftige Transaktionsstruktur wird zur Kenntnis genommen (komplett nachzulesen unter: www.goettingen.de)

Dass es ein Erfolg ist die Stromversorgung zurück in die öffentliche Hand zu holen, ist unbestritten, lediglich die Rats-CDU nannte die Re-Kommunalisierung einen „Zeitgeist, der schon wieder abflaut“. Aber wessen Verdienst der Rückkauf ist, darüber gibt es (wie überraschend!) keine Einigkeit. Sowohl die SPD, als auch die Grünen im Rat verbuchen diesen Erfolg auf ihrem Konto. Was in der Aussprache nicht erwähnt wurde war, wessen ‚Verdienst‘ es denn war, die Stromversorgung erst zu privatisieren.

Eine weitere bittere Pille ist, dass der Vertrieb in privater Hand bleibt. Das bedeutet zuerst einmal, dass die Kommunen, also auch die Politik weiterhin nicht über eventuelle Sozialtarife entscheiden kann. Was der Verbleib des Vertriebes in Eon-Hand noch für die Verbraucher und die Kommunen bedeutet ist nicht abzusehen. Fraktionsvorsitzender Gerd Nier zum Thema: " Auch die Göttinger Linke begrüßt den Rückkauf des Stromnetzes durch die 12 Landkreise und die Stadt Göttingen. ... Für heute soll dann aber erst einmal ein klares Ja von uns für diesen weitreichenden Beschluss stehen, ohne dass wir schon wirklich ein- und abschätzen können, ob dem Vertrag wirklich eine faire Rückkaufsumme zu Grunde liegt und ob der Verbleib des Stromvertriebes bei der Eon tatsächlich eine sinnvolle Lösung ist."

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

Einladung zur

Jahreshauptversammlung der Göttinger Linke:

Die Jahreshauptversammlung 2013 der Göttinger Linke findet statt am:

**Montag, 09. Dezember,
19.00 Uhr, Rotes Zentrum**

Vorschlag für die Tagesordnung:

1. Begrüßung, Eröffnung
2. Wohin entwickelt sich die „Beschäftigungsförderung“? Hierzu werden wir einen kompetenten Gast begrüßen können.
3. Diskussion
4. Rechenschaftsbericht des WsprecherInnenkreises
5. Kassen- und Revisionsbericht
6. Diskussion
7. Entlastung des SprecherInnenkreises
8. Wahl des SprecherInnenkreises
9. Wahl der RevisorInnen
10. Verschiedenes

Fortsetzung „Sparnetz 2014 bei der GÖVB“ von Seite 1 (...)

geben, die von den Sparauflagen des sogenannten „Zukunftsvertrages“ – dem Entschuldungshilfeprogramm EHP gefordert ist. Diese Kosten „müssten Rat und Verwaltung im Auge behalten“ so Detlef Johansson, Pressesprecher der Stadt im Stadtradio Göttingen.

Die städtischen Zuschüsse für den ÖPNV sind in Göttingen seit Jahren stabil. 1998 waren es 13 Mio. D-Mark. Auf viel Interesse stießen die Vorschläge einer Bewohnerin aus der Europaallee, die neue Linie 33 vom Klinikum zum Holtenser Berg und umgekehrt werktags im

30 Minuten-Takt von morgens, 5.00 Uhr, bis abends, 21.00 Uhr, fahren zu lassen. Ein weiterer Vorschlag dieser Frau sieht vor, während der Schwachlastzeiten an Sonn-, und Feiertagen eine neue Linie 34 einzurichten, die im 60 Minuten-Takt das Klinikum mit Holtensen – Holtenser Berg – Weende Nord und zurück verbindet. Beide Vorschläge trafen auf viel Zustimmung bei der Diskussionsveranstaltung.

Diese Vorschläge liegen den städtischen Verkehrsplanern und den GÖVB jetzt vor. Noch vor der Anhörung des Ortsrates Holtensen am 19.11., dem städtischen Bauausschuss am 05.12. und der beschlussfassenden Ratssitzung am 13.12. sollen sie den Stadtratsfraktionen vorgestellt werden.

Gerd Nier, Vorsitzender der GÖLinke-Ratsfraktion: „Wir werden dem neuen Busliniennetz ohne eine Anbindung zwischen Holtenser Berg und Weende nicht zustimmen.“ (rn)



Dr. Eckhard Fascher und Reinhard Neubauer

Kontakte:

**Wählerinnengemeinschaft
GöLinke**

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: goelinke@web.de
SprecherInnenkreis:
Barbara Kunis, Brunhilde Schöne,
Thomas Bahrs, Gerd Nier,
Helmut Nebel, Gunnar Siebecke

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**

Neues Rathaus, Zi. 196 (1.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 05 51-4 00 24 99
Fax 05 51-400 20 79
goelinke-fraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiterin:

Doreen Wohrab

Öffnungszeiten des Büros:

Dienstag, 09-13 Uhr
Mittwoch, 13-16.30 Uhr
Donnerstag, 09-17 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Gerd Nier (Fraktionsvorsitzender)
Patrick Humke
Civar Akad

Kommunalpolitischen Arbeitskreis:

**Mi., 11. Dezember, 19.00 Uhr
Neues Rathaus, Raum 112**

Thema: ÖPNV
Als Gast geladen: Peter Kasten

**Letzte Meldung
aus dem world wide web:**



**„Die Weltvereinigung der Krokodile
distanziert sich von den Tränen des
Uli Höneß!“**

► Kommunalpolitischer Kongress 2013

Am 9. November 2013 fand in Hannover der jährliche LINKE Kommunalpolitische Kongress statt. Erstmals lag die Hauptverantwortung beim LINKEN Kommunalpolitischen Forum Niedersachsen (LKFN), das den Kongress gemeinsam mit der Hannoveraner Ratsfraktion durchführte. In den Jahren 2010 bis 2012 war die Landtagsfraktion Organisatorin des Kongresses gewesen.

Wie in den letzten Jahren stand im Mittelpunkt des Treffens der Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Mandatsträgern, Die meisten der über vierzig Teilnehmenden waren fraktionslose Einzelkämpfer und Einzel-

kämpferinnen, für die dieser Austausch besonders wichtig ist.

Zum Auftakt führte ein kurzes Referat des Landesvorsitzenden Manfred Sohn zu einer intensiven Diskussion. Dabei unterstrich Manfred die Wichtigkeit der kommunalen Mandatsträger angesichts des Wegfalls der Landtagsfraktion. Von ihrem Selbstverständnis ist DIE LINKE. eine kommunale Partei, da sie sich beispielsweise für eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen und deren Aufwertung einsetzt. Im Widerspruch dazu, lässt die kommunalpolitische Verankerung der LINKEN vielfach noch zu wünschen übrig. Einzelne Mandate wurden durch Austritte verloren.

In der Diskussion wurde betont, dass es vor allem darum gehen muss, das Erreichte zu festigen und die kommunalen Mandatsträger_innen zu stärken.

Zum Informationsaustausch wurden fünf Arbeitsgruppen gebildet, die jeweils von Vorstandsmitgliedern des LKFN oder anderen erfahrenen Kommunalpolitikern geleitet wurden:

1. Sozialpolitik vor Ort
2. Bildung für alle
3. Sozialökologischer Umbau in der Kommune
4. Starke statt arme Kommunen – Öffentlich vor Privat
5. Kostengünstigen Wohnraum schaffen als öffentliche Aufgabe

Die Ergebnisse der Arbeitsergebnisse wurden dann auf Flipcharts präsentiert. Sie können auf der Homepage des LKFN nachgelesen werden: www.lkfn.de

► Was ist das LINKE kommunalpolitische Forum?

Das LINKE KOMMUNALPOLITISCHE FORUM NIEDERSACHSEN e.V. (LKFN) wurde im Juni 2008 als gemeinnütziger Verein gegründet. Der Verein versteht sich als Bildungsvereinigung für kommunalen Mandatsträger, die über Listen der Partei oder nahestehender Wählergemeinschaften (z.B. Göttinger Linke) gewählt wurden. bzw. kommunalpolitisch Interessierte in Niedersachsen. Das Forum gehört den erst im Juni 2012 gegründeten Zusammenschluss den Verband Linker Kommunalpolitischer Foren (VLKF) aus zwölf Bundesländern an.

Immerhin bestand die Zielgruppe nach der Kommunalwahl 2011 aus etwas mehr als 250 Mandatsträger_innen. Deren größter Teil sind fraktionslose Einzelkämpfer, die nur über wenig Rechte in den Kommunalparlamenten verfügen. Viele davon haben wenig Erfahrung. Einige Einzelmandatierte sind den LINKEN wie auch die Regionsfraktion Hannover oder die Kreistagsfraktion Leer durch Austritte abhanden gekommen.

Demzufolge wurden die Seminare primär auf die Einzelmandatierten abgestellt. Im Zeitraum von Herbst 2010

bis zum Frühjahr 2013 führte der Verein 25 Seminare durch. Besonders gefragt waren die in den Monaten nach der Kommunalwahl im September 2011 in verschiedenen Orten in ganz Niedersachsen durchgeführten Einführungsseminare in die Kommunalpolitik, mit denen immerhin der größte Teil der neuen Mandatsträger erreicht wurden. An den meisten Seminaren beteiligte sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen als Finanzier und Mitveranstalter..

Zur Zeit gehören dem LKFN etwas über dreißig Einzelpersonen und sieben Fraktionen an, deren Mitglieder und Mitarbeiter automatisch Mitglied im Forum sind.

Seit September 2010 besteht der Vorstand aus Marianne König (ehemalige MdL aus Northeim) als Kassiererin, Dr. Michael Braedt (Region Hannover), Dr. Eckhard Fascher (Kreistagsfraktion Göttingen) und Felicitas Weck (Region Hannover, Mitarbeiterin der Bundestagsfraktion für Kommunalpolitik). Thomas Bartsch (Kreistagsfraktion Wesermarsch) kam auf der JHV im Oktober 2012 hinzu. Auf der

Mitgliederversammlung am 9.11.2013 wurden das Partei-Landesvorstandsmitglied Marion Köllner (Gifhorn) und Dr. Jens Ilse (Ratsfraktion Oldenburg) als Mitglieder des nunmehr siebenköpfigen LKFN-Vorstand hinzugewählt..

Was ist in Ostfriesland los? – Wer ist Charlotte Lenzen?

Im Oktober 2013 traten die beiden Kreistagsmitglieder der LINKEN Leer Charlotte Lenzen und Reinhard Theen aus der Partei aus und sorgten so dafür, dass DIE LINKE Kreistagspräsenz und Kreistagsfraktion sowie zwei Mandate in Gemeinderäten verlor. Zur Bundestagswahl hatte Lenzen noch als Direktkandidatin kandidiert. Begründung des Austritts war eine „Dominanz ostdeutscher Kommunisten“ in der Partei.

Am 07. 11. berichtete dann die Ostfriesenzeitung, dass sich Lenzen und ihr Mitstreiter ausgerechnet der rechtspopulistischen „Alternative für Deutschland“ angeschlossen haben. Auch die übrigen

(...) Fortsetzung auf Seite 11

DIE LINKE.

im Europaparlament

Sabine Lösing, MdEP

► Stoppt das Sterben im Mittelmeer! Flüchtlinge willkommen!

Als am 3. Oktober über 360 Menschen vor der Küste Lampedusas ertranken, war der Aufschrei in Politik und Medien groß. Vielfach wurde in der Empörung jedoch (bewusst) übersehen, dass es sich dabei nicht um ein „tragisches Unglück“ handelte, sondern um ein weiteres Glied in einer Kette menschlicher Tragödien, die von der Politik bewusst in Kauf genommen werden. Fakt ist, dass in den letzten 25 Jahren schätzungsweise 19.000 Frauen, Kinder und Männer auf der Flucht nach Europa ihr Leben verloren haben. Dabei handelt es sich eben nicht um Unfälle, sondern um die Folgen einer Politik, die mit polizeilichen und militärischen Mitteln konsequent versucht, Menschen in Not die Flucht nach Europa unmöglich zu machen.

Die Europäische Union hat eigens zur Bekämpfung von Flüchtlingen die Agentur FRONTEX gegründet. Sie ist damit beauftragt mit modernen – auch militärischen – Mitteln Flüchtlinge abzufangen. Dabei hält sie sich oftmals nicht einmal an grundlegende Regeln des humanitären Völkerrechts. Bei sogenannten „push backs“ werden Flüchtlinge, die auf hoher See aufgegriffen werden, zurückgeschickt ohne, dass sie die Möglichkeit haben, einen Asylantrag zu stellen. Die gestiegene Überwachung hat auch nicht etwa zur Folge, dass weniger Personen versuchen Europa zu erreichen, sondern die Flüchtlinge werden auf immer gefährlichere Routen gezwungen, um so den Grenzkontrollen zu entgehen. Dabei steigt das Risiko, dass sie ihr Leben verlieren. Die Kriegsnot, politische Verfolgung und Armut sind jedoch so groß, dass viele den gefährlichen Weg auf sich nehmen – koste es, was es wolle. Nicht umsonst sagt ein senegalischer Sprichwort: „Barça ou Barzakh“ – Barcelona oder der Tod.

Diese Fakten zeigen: Die Menschen brauchen keine symbolische Politik u.a. in Form warmer Worte, sondern unsere

Solidarität! Die menschenverachtende Abschottungspolitik muss beendet, FRONTEX abgeschafft werden. Seit geraumer Zeit wird diese Solidarität von der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ gelebt.

Lampedusa in Hamburg

In Hamburg leben seit gut einem halben Jahr über 300 Kriegsflüchtlinge aus Libyen auf den Straßen oder als Notbehelf in der St. Pauli Kirche, in Kulturzentren und in einer Moschee. Die – aus noch ärmeren afrikanischen Staaten stammenden – Menschen hatten bis zur NATO-Intervention in dem vergleichsweise gut entwickelten Land gearbeitet. Infolge der NATO-Bombardements und der von Gadafigegnern verübten Pogrome wurden auch sie gezwungen über das Mittelmeer nach Lampedusa zu fliehen. Von den ortsansässigen Behörden bekamen sie einen humanitären Aufenthaltstitel und wurden – nach dem Ende der Fördermittelvergabe aus einem EU-Fonds – aufgefordert, die Flüchtlingsunterkünfte im Norden zu verlassen. So gelangten ca. 300 von ihnen nach Hamburg und ca. 200 leben in einem Protestcamp in Berlin. Die Hamburger Flüchtlinge wollten aufgrund des Anraths ihrer Anwältin nicht Asyl beantragen, sondern den Status von Kriegsflüchtlingen erhalten. Dieses lehnte der Senat in Form von drei exemplarischen Anträgen ab und beabsichtigte die Abschiebung der Betroffenen zurück in die Perspektivlosigkeit nach Italien.

Doch nicht nur das. In einer groß angelegten Polizeiaktion wurde Mitte Oktober gezielt die Identität Schwarzer Menschen überprüft. Damit verstieß der Senat gegen geltendes Recht, denn Menschen wegen ihrer Hautfarbe zu kontrollieren (sog. racial profiling), verstößt gegen das Nichtdiskriminierungsverbot, wie das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz in Koblenz festgestellt hat.

Mit dieser widerrechtlichen Polizeiaktion sollten Angehörige der Flücht-

Europabüro Göttingen

Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
tel 05 51- 507 66 823
fax 05 51- 507 66 838
europabuero-loesing@web.de
www.sabine-loesing.de

Mitarbeiter: Fritz Hellmer
Mo-Fr: 10.00-15.30 Uhr

lingsgruppe „Lampedusa in Hamburg“ ausfindig gemacht und gezwungen werden, so die öffentlichen Verlautbarungen des Innensensors Neumann, sich einem rechtsstaatlichen Verfahren über ihren Aufenthaltsstatus zu stellen. Angesichts des Verstoßes der Polizei gegen rechtsstaatliche Prinzipien ist diese Erklärung jedoch unglaubwürdig. Im Kern ging es eher darum, möglichst viele der Flüchtlinge aus Hamburg mit harter „Law-and-Order-Politik“ zu vertreiben und abzuschrecken.

Doch die Betroffenen sind nicht allein. Seit die Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ im Mai mit dem Aufruf „Wir hoffen auf Eure Solidarität“ an die Öffentlichkeit trat, solidarisieren sich immer mehr Menschen mit den Flüchtlingen und ihren Forderungen. Letzter Höhepunkt der Aktionen war die Demonstration am 2. November mit ca. 20.000 TeilnehmerInnen. Doch obwohl immer mehr Menschen auf den Straßen sind, um ihre Solidarität zu bekunden, zeigt der Senat sich nach wie vor unbeeindruckt. Das muss sich ändern.

Am 13.11.2013 nahm ich an einer sehr gut besuchten Veranstaltung der EU-Abgeordneten Sabine Wils (DIE LINKE.) zum Thema „Festung Europa“ in Hamburg teil. Ich hatte Gelegenheit über die menschenverachtende Rolle der EU in der Asyl- und Flüchtlingspolitik zu referieren und verschiedene Aspekte der Problematik mit den TeilnehmerInnen und den weiteren ReferentInnen zu diskutieren. Sehr bewegend und erschütternd war der Bericht eines Mitglieds der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ über sein persönliches Flucht-Schicksal, aus dem nur eine Konsequenz gezogen werden kann: Menschen, die Schutz suchen, sind willkommen! Die Betroffenen brauchen endlich eine realistische Chance auf Teilhabe und Partizipation, auf ein Leben in Würde. Dafür gilt es zu kämpfen.

► LINKE Hann. Münden: Lebendige Innenstadt statt Großmarkt am Stadtrand – Bürger müssen mitreden können

Bericht von Kirsten Klein, Ratsfrau von DIE LINKE im Mündener Stadtrat

Die Hamburger Investorengruppe Procom plant am Stadtrand von Hann. Münden, „Vor der Bahn“ einen Lebensmittelsupermarkt (wahrscheinlich Kaufland). Die Verkaufsfläche dieses Marktes soll ca. 3200 Quadratmeter betragen. Zudem sollen 230 Stellflächen für Pkw entstehen.

Dieses Vorhaben wird den Bürgerinnen, Bürgern und Geschäftsleuten als „Magnetbetrieb“ zur Belebung der Innenstadt / Altstadt verkauft. Doch weit gefehlt! Hier geht es auf keinen Fall um eine Innenstadtbelebung. Hier geht es lediglich darum, einem großen Investor die Möglichkeit zu bieten sich eine weitere „goldene Nase“ zu verdienen. Und dafür geht man hier auch über Leichen! Ein zusätzlicher Verbrauchermarkt wäre ganz bestimmt ein „Magnetbetrieb“, aber nur in der Hinsicht, dass der Altstadt durch die Magnetwirkung auch noch der Rest an Wirtschaftskraft entzogen würde. Diese Magnetwirkung bekämen ebenfalls die zahlreich vorhandenen Verbrauchermärkte in Hann. Münden zu spüren.

Von 43 zu erwartenden Arbeitsplätzen wird gesprochen. Ich halte dagegen, dass durch den Bau eines zusätzlichen Verbrauchermarktes auf der anderen Seite Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren werden.

Nicht alle im Rat der Stadt Hann. Münden vertretenen Parteien wurden an den Gesprächen zwischen der Stadt Hann. Münden und der Unternehmensgruppe Procom, zur beabsichtigten Ansiedlung eines großen Lebensmittelsupermarktes beteiligt. Ich wurde, obwohl ich Ratsfrau bin, davon ausgeschlossen. Zudem wurde eine Diskussionsmöglichkeit der Mündener Einwohnerinnen und Einwohner sowie der ortsansässigen Geschäftsleute zum Thema gänzlich vermieden. Wieder einmal ein Meisterstück von gelebter „Politik hinter verschlossenen Türen“. Solch ein Verhalten zeugt von fehlendem Demokratieverständnis und Arroganz! Die von der Stadt Hann. Münden in Auftrag gegebene und vom Investor finanzierte Erstellung einer Einzelhandelsanalyse der Stadt Hann. Münden fiel im Hinblick auf das Planvorhaben positiv aus.

Schenkt man dem Gutachten der GMA (Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung mbH) Glauben, so wird dieses Planvorhaben keine negativen Beeinträchtigungen / Auswirkungen auf die vorhandenen Strukturen haben. Es gibt jedoch ebenfalls Gutachten, Hinweise und Einschätzungen, die gravierende Gefahren für die in Hann. Münden vorhandenen Strukturen aufzeigen und aussagen, dass das Ziel einer Förderung der Kernstadt mit Wahl des Standortes „Vor der Bahn“ verfehlt wird.

Der geplante Verbrauchermarkt hätte mit seiner Produktpalette nichts anderes im Angebot, was es in Hann. Münden nicht ohnehin schon zu erwerben gibt. Das wird zu einem Vernichtungswettbewerb führen. Und das ist das „Letzte“, was wir in Hann. Münden brauchen!

Der geplante Lebensmittelsupermarkt ist in der Öffentlichkeit höchst umstritten. Statt über die Köpfe der Einwohnerinnen und Einwohner hinweg solch eine schwerwiegende Entscheidung zu treffen, sollten gerade diese mit eingebunden und dazu befragt werden. **Aus diesem Grund werde ich in der Sitzung des Rates der Stadt Hann. Münden am 12.12.2013 einen Antrag auf Bürger_innenbefragung stellen.**

Die Fraktionen von SPD und Grünen haben sich öffentlich für den Bau des Lebensmittelsupermarktes ausgesprochen, die CDU ist wohl noch geteilter Meinung und das Bürgerforum ist wie DIE LINKE. dagegen.

.....
Fortsetzung „Was ist in Ostfriesland los?“ von Seite 9

Fraktionen forderten daraufhin die Beiden zum Mandatsverzicht auf.

Das Erstaunen darüber war nur kurz, denn wenige Tage später wurde bekannt, dass die 56jährige Lenzen zu Beginn der neunziger Jahre Mitglied der Republikaner in NRW wegen deren angeblich „sozialen“ Programms gewesen ist. Stellvertretender Landesvorsitzender der Partei war ihr Lebensgefährte Paul Stagnus, der bis zum 16. November immer noch Kreisvorstandsmitglied des LINKEN Kreisverbands war. Beide wären aus den Republikanern ausgetreten, nachdem sich der damalige Parteichef Franz Schönhuber der DVU angenähert hatte.

Das „soziale“ Programm der Republikaner (von 1987 und 1990) umfasste übrigens Forderungen wie eine Überprüfung des Leistungskataloges der Krankenkasse, eine Aufweichung der damaligen Unzumutbarkeitsregelungen für Erwerbslose, Zwang für unentgeltliche Arbeit für Erwerbslose sowie eine Lockerung des Kündigungsschutzes und eine Ablehnung von Arbeitszeitverkürzungen. Wenn wundert es, dass DIE Republikaner auch wie alle Rechts-extremisten gegen die Gewerkschaften polemisierten. Mal abgesehen davon, dass Ausländerfeindlichkeit und Nationalismus sämtliche Programmpunkte durchtränkten. Bei Redaktionsschluss hatte sich Lenzen

ihren AfD-Beitritt nochmal überlegt: Sie will jetzt doch lieber als Unabhängige weiterarbeiten, außerdem hätten sie und Stagnus die Republikaner damals im Auftrag des Verfassungsschutzes beobachtet. Dies sollte sie auch bei der AfD tun, die aber zumindest offiziell nicht beobachtet wird.

Das klingt ähnlich überzeugend wie die Dominanz ostdeutscher Kommunisten oder das soziale Programm der Republikaner und würde zudem diese Frau noch mehr diskreditieren. Was wird noch kommen? Als LINKE können wir nur froh sein, dass wir diese Frau los sind und hoffentlich auch ihr Umfeld.

Erklärung Göttinger Organisationen zum Syrienkonflikt

▶ **Kein Krieg gegen Syrien**

Seit dem Giftgasangriff in der Nähe der syrischen Hauptstadt Damaskus wird wieder öffentlich über die Vorbereitung eines Angriffskrieges gegen Syrien debattiert.

Der Giftgasangriff, dessen Urheber-schaft weiter zweifelhaft ist, sei eine „rote Linie“, die überschritten worden sei.

Dieses Überschreiten verlange „Konsequenzen“, wie die Bundeskanzlerin verlauten ließ und auch die US-Regie-rung hält die Drohung weiterhin aufrecht. Hierzu soll eine „Koalition der Willigen“ gebildet werden.

Die Erfahrungen mit solchen Interven-tionen im Irak, in Afghanistan und Libyen zeigen, dass damit die Leiden der Bevöl-kerung nur verschlimmert und verlängert werden. Menschenrechte können nicht mit Bomben verteidigt werden – sie wer-den ohnehin nur als Vorwand benutzt!

Die Interventionsdrohungen stoßen in der Bevölkerung überall – auch in Deutsch-land und in den USA selbst - mehrheitlich auf Ablehnung.

Die Kriegsfront bröckelt: Erst hat das britische Parlament seine Kriegszu-stimmung verweigert, dann hat das Angebot der syrischen Regierung, die Chemiewaffen internationaler Kontrolle zu unterstellen, die Interventionsdrohung der US-Regierung noch weiter isoliert. Trotzdem ist ein Militärschlag nicht end-gültig abgewendet. Das Morden gegen die Zivilbevölkerung geht weiter – auch mit Waffen aus deutscher Produktion! Deshalb ist Widerstand notwendig. Wir, verschiedene Kräfte aus den Gewerk-schaften, Linke, Antimilitaristen und Pazifistische Parteien und Gruppie-rungen, rufen die Göttinger Bevölkerung

auf, sich für die folgenden Forderungen einzusetzen:

- ▶ Gegen jede Form der militärischen Intervention in Syrien
- ▶ Keine Beteiligung Deutschlands an diesem Krieg - weder aktiv durch Kriegshandlungen, noch durch Waffenlieferungen, logistische Unter-stützung oder Lieferung von Spiona-gedaten
- ▶ Deutschland hat die humanitäre Pflicht, alle syrischen Flüchtlingen, die in der BRD Zuflucht suchen, auf zunehmen.

Wir rufen zu einer gemeinsamen Protest-kundgebung am Tag X, dem Tag einer mi-litärischen Intervention in Syrien, auf: um 18:00 Uhr am Gänseliesel

Antifaschistische Linke International >A.L.I.<, Büro Sabine Lösing (MdEP), Die Linke Göttingen , Die Linke.SDS Göttingen, DGB Göttingen, DKP Göttingen, Linksjugend [Solid] Göttingen, SAV Göttingen, SDAJ Göttingen, Schüler*innenbündnis Göttingen (SBG), Schule ohne Bundeswehr (SoB) Göttingen, Verdi Göttingen, VVN/BdA Göttingen, YXK - Verband der Studierenden aus Kurdistan Göttingen sowie Einzelpersonen

In Eigener Sache:

▶ **Betrifft: Einzugsermächtigungen:**

Liebe Mitglieder der Göttinger Linke und Freunde der Göttinger Blätter!

In den letzten Wochen und Monaten war zu lesen, dass die alten Kontonummern bald nicht mehr gelten werden; ab dem 1. Februar 2014 dürfen diese alten Kon-tonummern und Bankleitzahlen bei Abbuchungen nicht mehr benutzt werden.

Aber wir müssen alle diejenigen, die uns eine Abbuchungsgenehmigung erteilt

haben, offiziell darüber informieren, dass Ihre alten, uns vorliegenden Einzugser-mächtigungen nach dem 01. 02. 2014 nicht mehr gültig sind, wenn wir Sie nicht „umdeuten“. Das ist mit dem unten anhängendem Schreiben offiziell getan.

Für Euch ändert sich nichts; Ihr müsst jetzt auch nicht tätig werden, da wir die neuen Kontoangaben (IBAN und BIC) anhand der uns jetzt vorliegenden Konto-angaben selbst herausbekommen.

Wer weitergehende Fragen hierzu hat, wendet sich bitte an:

g.siebecke@web.de oder auch an die eigene Bank.



WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke

Lange Geismarstr. 2, 37073 Göttingen

Wähler/innengemeinschaft
Göttinger Linke

Liebe/r SpenderIn!

Wenn Sie bereits am Lastschriftverfahren teilnehmen, stellen wir automatisch auf SEPA um. Die bestehende Einzugsermächtigung verwenden wir als SEPA-Lastschrift-Mandat. Für Sie ändert sich dadurch nichts. Alle bestehenden Vereinbarungen zur Höhe und zur Zahlungsweise bleiben unverändert. Bei Änderungen des Betrages werden wir Sie künftig im Voraus informieren. Bei künftigen SEPA-Lastschrifteinzügen finden Sie im Verwendungszweck Ihres Kontoauszuges zusätzliche Informationen:
Unsere Gesellschafts-Identifikationsnummer sowie eine Mandatsreferenz

Die Fälligkeit wird weiterhin im dritten (und bei Bedarf im achten) Monat des Jahres sein.

WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke

Herausgeberkreis Göttinger Blätter

Göttingen, im November 2013